



# **12 Leitsätze zur christdemokratischen Kommunalpolitik**

Beschlossen auf dem 23. Landesparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern  
am 8. November 2008 in Rostock-Warnemünde

## 12 Leitsätze zur christdemokratischen Kommunalpolitik

Menschen in den Dörfern, Städten und Landkreisen bilden die kommunale Familie des Landes. Hier findet ehrenamtliches politisches Engagement seinen Ausgangspunkt und in der kommunalen Selbstverwaltung seinen sichtbaren Ausdruck. Hier ist die Mitwirkung des Bürgers an der Gestaltung unserer demokratischen Gesellschaft unmittelbar.

Die CDU steht für Subsidiarität, d. h. für Selbstverantwortung und Selbstbestimmung vor staatlichen Eingriffen. Wir wollen, dass Entscheidungen so dicht wie möglich am Bürger fallen. Probleme und Aufgaben sollen möglichst eigenständig direkt vor Ort getroffen werden.

Vor uns allen liegen große Herausforderungen. Die Verwaltungsreform, bestehend aus Kreisgebietsreform und Funktionalreform, ist erforderlich. Wir wollen, dass die Verwaltungsreform bis zum Jahr 2011 gesetzlich fixiert ist. Der Finanzausgleich ist neu zu regeln und die Finanzierung der sozialen Hilfsangebote ist neu auszurichten. Bei all dem ist die Kultur- und Jugendarbeit genauso wenig zu vergessen wie die Unterstützung sozialer Netzwerke. Diese Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Bürger und Staat müssen an einem Strang ziehen.

Die CDU ist die Kommunalpartei in Mecklenburg-Vorpommern. Wir stellen in 11 der 12 Landkreise den Kreistagspräsidenten und in 5 von 6 kreisfreien Städten den Stadt- bzw. Bürgerschaftspräsidenten. Drei Oberbürgermeister, drei Landräte, 25 hauptamtliche Bürgermeister und 106 ehrenamtliche Bürgermeister sind unser kommunalpolitisches Rückgrat. In vielen Gemeinde- und Stadtvertretungen, in Kreistagen und Bürgerschaften tragen Frauen und Männer, Junge und Ältere engagiert mit Herz und Verstand Verantwortung. Mitmenschlichkeit, soziale Verantwortung und gesellschaftliches Miteinander prägen unsere Arbeit vor Ort. Wo Menschen für Menschen da sind, ist die Bürgergesellschaft stark.

Wir wollen 2009 an die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre anknüpfen. Wir stellen uns den Herausforderungen. Wir wollen dazu beitragen, dass unser Land eine gute Zukunft hat. Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger um neues Vertrauen für eine solide, berechenbare und wertebasierte Politik in Gemeinden, Städten und Landkreisen.

  
Jürgen Seidel  
Landesvorsitzender

  
Lorenz Caffier  
Generalsekretär

## **1. Gesunde Kommunalfinanzen stärken den Handlungsspielraum vor Ort und die kommunale Selbstverwaltung**

Der mit Eintritt der CDU in die Landesregierung eingeschlagene solide finanzpolitische Pfad gibt auch den Kommunen die notwendige Sicherheit bei der Planung der eigenen Haushalte. Trotz der im Mai 2008 prognostizierten bundesweiten Steuereintrübe von rund 1,2 Mrd. Euro musste in Mecklenburg-Vorpommern kein die Finanzen beschränkender Nachtragshaushalt aufgestellt werden. Aufgrund der vorsichtigen und vorausschauenden Planungen wurden Risiken vermieden. Die Kommunen können auch im Jahr 2008 mit Mehreinnahmen von rund 30 Mio. Euro rechnen.

Wegen der rückläufigen Gelder aus dem Solidaripakt muss das Land jedoch weiter hart daran arbeiten, 2020 auf eigenen Füßen zu stehen. Wir sind hier auf einem guten Weg. Erstmals werden in nennenswertem Umfang alte Schulden getilgt und Rücklagen gebildet. Ein wichtiger Schritt, der in den kommenden Jahren fortzusetzen ist. Dies gilt auch für die kommunale Ebene.

Durchschnittlich 4.619 Euro pro Kopf betragen die Kreditverbindlichkeiten bei den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern. Mit dem Geld wurden wichtige Investitionen getätigt: Kindergärten und Schulen saniert, Straßen und Gehwege gebaut, Abwasser- und Trinkwasseranlagen sowie die Abfallwirtschaft modernisiert. Voraussetzung für die Möglichkeit, das eigene Umfeld zu gestalten, sind solide Finanzen. Deshalb gilt es, die bestehenden Kredite weiter Schritt für Schritt abzubauen. So schaffen wir wieder mehr Handlungsspielraum vor Ort.

**Die CDU steht für eine solide Finanzpolitik, die die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und mehr Finanzgerechtigkeit für die Kommunen zum Ziel hat.**

Als die Kommunalpartei in Mecklenburg-Vorpommern wollen wir sicherstellen, dass die Finanzausstattung der Gemeinden, Städte und Landkreise kommunale Selbstverwaltung ermöglicht. Ziel ist es, den Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen gerecht zu gestalten. Bei der Neuregelung des kommunalen Finanzausgleiches (FAG) soll die Summe der Vorwegabzüge gesenkt werden, um so durch mehr direkte Schlüsselzuweisungen die Finanzhoheit der Kommunen zu stärken.

**Mit dem neuen Finanzausgleich werden wir langfristige Planungssicherheit schaffen.**

## **2. Familien und Kinder fühlen sich geborgen und haben ein Zuhause in Dörfern und Städten des Landes**

Familien und Familienunternehmen bilden das Fundament für die Existenz und Entwicklung jeder Kommune. Familienfreundliche politische Entscheidungen stärken deshalb nicht nur die Familien, sondern auch die Kommunen. Die von der CDU durchgesetzten Landeswettbewerbe „Familienfreundliche Kommune“ und „Familienfreundliches Unternehmen“ regen Kommunen und Unternehmen zu eigenen Aktivitäten an. Familie ist für uns überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen.

Auch Alleinerziehende und nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern wollen wir in ihrer Erziehungsaufgabe und als Verantwortungsgemeinschaft unterstützen. Allerdings stellt für uns die auf Dauer angelegte Ehe die beste Grundlage dafür dar, dass Mutter und Vater partnerschaftlich füreinander und für ihre Kinder Verantwortung übernehmen und gemeinsam zu Lebensunterhalt, Erziehung und Haushaltsführung beitragen. Deshalb ist der besondere Schutz des Staates, unter den das Grundgesetz die Ehe stellt, nach wie vor begründet und muss vor Ort mit Leben erfüllt werden.

Für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit hat die CDU mit Eintritt in die Große Koalition viel erreicht. Mit dem 1. September 2008 ist der Einstieg in die Befreiung der Eltern von den Kosten der Kindertagesbetreuung, beginnend im letzten Kindergartenjahr (Vorschuljahr), erreicht. So haben Familien bei einer Ganztagsbetreuung ihrer Kinder z. B. 80 Euro im Monat (980 Euro im Jahr) mehr

im Portemonnaie. Für Kinder, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, wird künftig das Mittagessen in Krippe und Kindergarten kostenlos sein, und wir investieren bis 2013 insgesamt fast 40 Mio. Euro zusätzlich in den Ausbau der Kindertagesbetreuung im Krippenbereich. All dies wird untersetzt durch einen umfassenden Bildungsplan, der Bildung von Anfang an sichert und auch eine entsprechende Ausbildung des Personals der Kinderbetreuungseinrichtungen umfasst. Die neue frühkindliche Bildungsoffensive steht für eine individuelle, am einzelnen Kind ausgerichtete Förderung.

Die CDU hat mit dem Regierungswechsel im Land einen deutlichen Schwerpunkt auf Kinder und Familien gerichtet. Die neue Politik für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit wollen wir vor Ort verankern. Wir wollen das Signal geben, dass es sich lohnt, durch gezielte Maßnahmen vor Ort ein attraktives Umfeld für Familien und Kinder zu schaffen. Familien haben in den Dörfern und Städten in Mecklenburg-Vorpommern eine Heimat, in der sie sich wohl fühlen und für sie wichtige Angebote gut und schnell erreichen können.

**Wo wir Verantwortung tragen, werden wir gemeinsam mit ortsansässigen Unternehmen einen Familien-Pass initiieren, mit dem Familien und Kinder vergünstigte Leistungen erhalten können.**

Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen, ist ein wichtiges Element der Politik vor Ort. Die Lokalen Bündnisse für Familie, die sich in vielen Regionen des Landes gebildet haben, leisten hier bereits heute einen wichtigen Beitrag.

**Den Austausch über die unterschiedlichen Angebote und Erfahrungen werden wir verbessern und eine engere Zusammenarbeit über Kommunalgrenzen hinweg sichern.**

Jugendliche bringen unserer Gesellschaft Kreativität, Initiative und Engagement. Bereits mit 16 Jahren können sich junge Menschen durch die Teilnahme an Wahlen aktiv an der Gestaltung unserer Demokratie beteiligen. Aber auch außerhalb von Wahlen gibt es zahlreiche Möglichkeiten, am politischen Geschehen mitzuwirken.

**Wir wollen Jugendlichen Mut machen, sich in Gemeinden, Städten und Kreisen zu engagieren. Junge Menschen ab 18 Jahren wollen wir motivieren, als Kommunalvertreter selbst Verantwortung zu übernehmen.**

Der demografische Wandel stellt Mecklenburg-Vorpommern vor neue Herausforderungen. Senioren sind uns wichtig, weil sie Lebenserfahrung, Kompetenz und Weitsicht mit Tatkraft und Dialogbereitschaft verbinden. Nur in einem Ausgleich der Interessen der Generationen können die christlich geprägten Wertegrundlagen der freiheitlichen Demokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – auch künftig gelebt werden. Die Älteren in unserem Land können durch ihr Engagement zu einem gesellschaftlichen Klima beitragen, in dem sich Werte verwirklichen lassen und Mitmenschlichkeit leben lässt. CDU-Kommunalpolitik will Angebote und Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben schaffen, Erfahrungen nutzen und insbesondere ehrenamtliche Aktivitäten vermitteln.

**Wir werden die wichtige Arbeit der Seniorenbeiräte stärker in die Kommunalpolitik einfließen lassen und mehr Senioren als Kommunalvertreter und sachkundige Bürger direkt an der Kommunalpolitik beteiligen.**

### **3. Gerechtigkeit und Solidarität sind Kernelemente christdemokratischer Sozialpolitik, die vom ehrenamtlichen Engagement des Einzelnen gestützt werden**

Eine zielorientierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist Grundvoraussetzung für eine wirksame Sozialpolitik. Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Armut lassen sich nur bekämpfen, wenn Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden. Die zur Verfügung stehenden Mittel der Wirtschafts- und der Arbeitsmarktförderung werden auf den ersten Arbeitsmarkt konzentriert, die

Standortoffensive wird fortgesetzt und Erweiterungsvorhaben, insbesondere bei Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, werden unterstützt.

Vor diesem Hintergrund rufen wir dazu auf, die Chancen des Kommunalkombis aktiv zu nutzen. Bund und Land stellen hier umfangreiche finanzielle Hilfen bereit, um sozialversicherte Arbeitsplätze zur Stärkung der kommunalen Strukturen in Gemeinden, Städten und Kreisen sowie bei Wohlfahrtsverbänden und Vereinen zu schaffen. Das Programm gibt Arbeitslosen, die länger als 24 Monate ohne Arbeit sind und mindestens ein Jahr ALG II bezogen haben, neue Perspektiven. **Wo die CDU Verantwortung trägt, werden wir das Programm Kommunalkombi nutzen und Menschen so wieder Perspektiven für eigenes Einkommen geben.**

Wo Menschen übergangsweise oder dauerhaft trotzdem auf Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind, ist Unterstützung erforderlich.

**Auch bei angespannter finanzieller Situation wollen wir Beratungs- und Hilfsangebote aufrechterhalten und wo wir Verantwortung tragen, diejenigen durch die Kommunalverwaltung und -politik unterstützen, die eigenständig Hilfsleistungen anbieten.**

Für uns hat die flächendeckende ambulante und stationäre medizinische Versorgung der Bürger eine wichtige Priorität. Angesichts einer älter werdenden Bevölkerung und eines drohenden Ärztemangels gilt es, vor allem in der Fläche nach neuen Lösungen zu suchen, die die Ansiedlung bzw. Niederlassung junger Ärzte unterstützen. Dies könnte beispielsweise durch die Bereitstellung von Praxisräumen, Zweigstellen oder auch kostenloser Unterkünfte für Weiterbildungsassistenten und Praktikanten geschehen. Telemedizin und mobile Krankenschwestern geben ebenfalls neue Perspektiven. Wir wollen beides landesweit in den dünn besiedelten Regionen etablieren. Gleichzeitig sind zur Verbesserung der Mobilität der Patienten auch alternative Bedienungsformen (z.B. Anruf-Sammel-Taxi, Anruf-Bus und Bürgerbus) im Rahmen des ÖPNV besser zu nutzen.

**Landkreise und kreisfreie Städte werden gemeinsam mit Krankenkassen und Ärztenverbänden nach regional vernünftigen Lösungen suchen, um langfristig eine wohnortnahe medizinische Versorgung zu gewährleisten. Dafür stehen wir.**

In einer älter werdenden Gesellschaft wird die Bereitstellung von Pflegedienstleistungen wichtiger. Unser Ziel ist, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Deshalb gilt es, generationsübergreifende Wohnformen, altersgerechte, barrierefreie Wohnungen oder Wohnen mit Service zu unterstützen. Wir wollen Pflegeeinrichtungen, die sich im Herzen der Orte befinden, um dadurch deutlich zu machen: Alte Menschen gehören zu uns. Damit die Menschen das richtige Heim oder die richtige Wohnform entsprechend ihrem Hilfsbedarf und ihren Wünschen finden, sind trägerunabhängige Pflegeberatungsstellen wichtig.

**Die Anbieter von ambulanten und stationären Pflegeleistungen finden in der CDU auch vor Ort einen zuverlässigen Partner. Wir sind für eine starke Heimaufsicht. Prüfberichte müssen in geeigneter Form veröffentlicht werden, damit die Menschen mit dieser Information ihre Entscheidung treffen können.**

Die Mitarbeit des Einzelnen in Vereinen und Initiativen sowie die ehrenamtliche Übernahme von Verantwortung zeichnet die demokratische Bürgergesellschaft aus. Unsere Gesellschaft lebt von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Viele soziale und gesellschaftliche Leistungen könnten ohne Ehrenamtler nicht erbracht werden. Deshalb verdient ehrenamtliche Arbeit große Anerkennung. Egal, ob in sozialen Einrichtungen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Vereinen und Kirchen oder in der Kommunalpolitik.

**Die CDU steht an der Seite jener, die sich ehrenamtlich in und für die Gemeinschaft engagieren. Wo wir Verantwortung tragen, helfen die Kommunalverwaltungen dabei, die ehrenamtliche Arbeit zu erleichtern.**

Angesichts veränderter Arbeitswelten stehen viele Freiwillige Feuerwehren vor großen Herausforderungen, wenn es um die Einsatzfähigkeit an Werktagen geht. Um hier zu vernünftigen Lösungen zu kommen, müssen öffentliche und private Arbeitgeber vor Ort an einem Strang ziehen. Mit den zuständigen Landesministerien sind außerdem Unterstützungsmöglichkeiten zu diskutieren. Mit einer Imagekampagne für die Freiwilligen Feuerwehren wirbt das Land aktuell für die Arbeit der Feuerwehren und ermuntert zum Mitmachen.

Es gilt, gerade Kinder und Jugendliche für dieses Engagement zu gewinnen. Freiwillige Feuerwehren sind ein Ort, wo Gemeinsinn und Verantwortungsbewusstsein vermittelt werden.

**Wir werden im Dialog mit den Unternehmen und öffentlichen Arbeitgebern vor Ort die Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren sichern.**

Der Breitensport ist ohne Ehrenamt unvorstellbar. Die Kreissportbünde leisten hier Beachtliches und haben es geschafft, dass sich z. B. auch immer mehr ältere Menschen durch aktiven Sport fit und gesund halten. Die CDU hat erreicht, dass die Förderung für den Sport in Mecklenburg-Vorpommern deutlich angehoben wurde.

**Wir stehen auch vor Ort für eine partnerschaftliche Unterstützung des Sports ein.**

Durch die Jagd, den Angelsport und das Kleingartenwesen findet eine ökologisch nachhaltige Naturnutzung statt, die wir weiter unterstützen müssen.

**Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder aus Mecklenburg-Vorpommern die gleichen Zugangskriterien zum Fischereischein wie Kinder von Touristen erhalten.**

#### **4. Bildung wohnortnah und in hoher Qualität sichern**

Von Kinderkrippe bis Studium, von Schule bis Ausbildung soll Bildung in einer breiten Vielfalt, in hoher Qualität und angemessener Erreichbarkeit stattfinden.

Mit Kinderkrippen, Kindergärten und Tagesmüttern verfügt Mecklenburg-Vorpommern bereits über ein dichtes und flächendeckendes Angebot bei der Betreuung der Kleinsten. Die vom Land auf den Weg gebrachte Bildungs- und Qualitätsoffensive gilt es, durch die Kommunalpolitik zu flankieren. Mit flexibleren Öffnungszeiten soll auf die Bedürfnisse berufstätiger Mütter und Väter eingegangen werden. Qualifizierungsmaßnahmen und eine den gewachsenen Anforderungen Rechnung tragende Bezahlung können der Abwanderung von ausgebildeten Fachkräften entgegen wirken.

**Dafür setzen wir uns ein.**

Angesichts der demographischen Entwicklung können wir es uns nicht länger leisten, dass bei der Vorschuluntersuchung zu viele Kinder eine Empfehlung für die Förderschule erhalten. Außerdem muss vermieden werden, dass Jugendliche ohne Abschlüsse bleiben. Deshalb ist z. B. eine Vernetzung von Kita und Beratungsangeboten erforderlich, es muss dem speziellen Förderbedarf bei Sprache, Verhalten und Motorik besser Rechnung getragen werden und es sind klare Bildungsvorgaben vom ersten Jahr an notwendig.

**Wir werden dies durchsetzen.**

Die Standorte der Grundschulen betrachten wir als weitgehend sicher. Die gesetzlichen Möglichkeiten, bestehende Standorte zu sichern, müssen genutzt werden. Dazu gehört der klassenübergreifende Unterricht. Der Prozess zur Selbstständigen Schule wird die Eigenverantwortung vor Ort genauso stärken wie die Einflussmöglichkeiten der kommunalen Schulträger. Dies gilt es zu nutzen. Im Zentrum der Schulentwicklung stehen die Verbesserung der Qualität von Bildung und Erziehung und die individuelle Förderung der Schüler. Ganztagschulen mit vernetzten Freizeitangeboten stellen gerade im dünn besiedelten ländlichen Raum eine bildungspolitische Chance dar. Eine gymnasiale Bildung muss für alle fähigen Kinder und

Jugendlichen unabhängig vom sozialen Status der Eltern möglich sein. Ersatzschulen, gerade jene in kirchlicher Trägerschaft, bereichern die Schullandschaft in unserem Land.

Unsere bildungspolitische Prämisse ist: Keiner wird vergessen. Jeder Jugendliche soll eine Perspektive haben. Dies werden wir beachten.

**Es werden alle Anstrengungen unternommen, um die Qualität der Bildung in unseren Kindergärten, Schulen und Hochschulen zu verbessern. Die finanzielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen im Land muss den Herausforderungen an eine moderne Bildungspolitik, die alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen gleichermaßen zu den jeweils höchstmöglichen Bildungsabschlüssen führt, angepasst werden. Staatliche Schulen und Schulen in freier Trägerschaft werden dabei gleich behandelt. Schulen in freier Trägerschaft bieten zahlreiche Erfahrungswerte, die die Einführung der selbstständigen Schule in Mecklenburg-Vorpommern befördern können.**

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt entspannt sich immer mehr. Für eine gute Ausbildung muss niemand Mecklenburg-Vorpommern verlassen. Schule und regionale Wirtschaft sollten deutlich machen: Jeder wird gebraucht und jeder bekommt eine Chance in unserem Land.

Die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern sind auf einem guten Weg. Der Ausbau dieser Lehr- und Forschungseinrichtungen stärkt zusammen mit den Universitätskliniken die Entwicklungsräume des Landes. Private Hochschulansiedlungen begrüßen wir. Die Landesregierung hilft mit einer klar konzipierten Imagekampagne, dass mehr junge Menschen den Weg zu uns finden. An den Hochschulstandorten können kommunale Entscheidungsträger und regionale Wirtschaft mithelfen, die Hochschulen noch attraktiver zu machen.

**Wo die CDU künftig Verantwortung trägt, wollen wir ähnlich den Lokalen Bündnissen für Familie neue Lokale Bündnisse für Bildung anstoßen. Wenn sich Träger der Einrichtungen, Lehrer und Eltern sowie regionale Wirtschaft vernetzen, verbessert dies die Chancen von Kindern und Jugendlichen.**

## **5. Kultur fördert Identifikation mit dem Land**

Kulturpolitik ist Kommunalpolitik, deren Grundlage die kommunalen Selbstverwaltungsgarantien der Landes- und Kommunalverfassung bildet. Die Kulturarbeit vor Ort fördert den Zusammenhalt und die regionale Identität. In diesem Zusammenhang kommt dem Erhalt des kulturellen Erbes eine wichtige Rolle zu. Dazu gehört u. a., die Bürger für die Bedeutung von Denkmälern zu sensibilisieren und Interesse für die Belange der Denkmalpflege zu wecken. Weitere wichtige Schwerpunktsetzungen der Kulturförderung liegen in den Bereichen Kinder- und Jugendkultur (Musikschulen, Kinder- und Jugendkunstschulen und Kinderbibliotheken), der Stärkung der Demokratie, der Pflege von kulturellen Beziehungen zu den Partnerregionen sowie die Aufrechterhaltung, Belebung oder Neuanbahnung von Partnerschaften innerhalb Deutschlands und mit unseren Nachbarn in Polen und Skandinavien.

Erste Diskussionsgrundlagen zur Zukunft der Theater- und Orchesterlandschaft sind vorgelegt. Wir wollen die Theater- und Orchesterlandschaft langfristig sichern. Die Theater des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind wichtige Bestandteile der Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Als kulturelle Leuchttürme stehen sie auch für Demokratie und Toleranz. Mit der verbindlichen Fortschreibung der Förderung in Höhe von jährlichen 35,8 Mio. Euro geht das Land in Vorleistung. Dies gibt den Theatern und Orchestern langfristige Planungssicherheit. Darauf sind diese und die sie tragenden Kommunen dringend angewiesen. Wir wollen, dass die künstlerischen Angebote an den heutigen Spielorten gewährleistet bleiben. Ob eine stärkere Vernetzung oder/und Kooperation die finanziellen Spielräume erweitern können, müssen die Träger der Theater und Orchester klären.

Kulturelle Markenzeichen wie das Musikland Mecklenburg-Vorpommern und das Projekt „Wege zur Backsteingotik“ fördern die regionale Identität und werden daher von den Verantwortlichen in den Kommunen positiv begleitet.

Bibliotheken sind wichtige Orte von Bildung und Wissen. Dies zeigen nicht zuletzt kontinuierlich steigende Entleihungen. Angesichts eines sich weiter verändernden Medienkonsumverhaltens ist nicht die Zahl der Bibliotheken ausschlaggebend, sondern die Erreichbarkeit für den potentiellen Nutzer. Deshalb muss es Ziel sein, dass die kommunalen Träger nach gemeinsamen Wegen für den Einstieg in die digitale Bibliothek suchen.

Museen knüpfen wie keine andere Institution die Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Heimatgeschichte, die Pflege von Traditionen und die Erinnerung an historische Persönlichkeiten ist eine wichtige Aufgabe in den Kommunen. Dabei soll ein stärkeres Augenmerk auf die Aufarbeitung der Geschichte beider deutscher Diktaturen gelegt werden. Gemeinsam mit Schulen können Regionalmuseen einen Beitrag zur Entwicklung junger Menschen, zu demokratischem Selbstverständnis und zur Bürgergesellschaft leisten.

Zur Kultur zählt für uns auch die Stärkung von Heimatliebe und Identität. Denn nur ein bekennendes Verhältnis zur Heimat und zum eigenen Land kann die Grundlage für ein aufrichtiges JA zu Demokratie und Rechtsstaat bilden. Wir wollen, dass die Identifikation mit dem eigenen Land sichtbar gemacht wird. Gemeinden, Ämter und Kreisverwaltungen, aber auch Schulen und andere öffentliche Einrichtungen sollten die Landesflagge, die Deutschlandfahne und die Fahne der Europäischen Union zeigen. Wir ermuntern die Kommunen ausdrücklich, bei der Benennung von Straßen und Plätzen auf Persönlichkeiten der Mecklenburgischen und Pommerschen Geschichte zurückzugreifen und noch stärker auch die Menschen zu berücksichtigen, die unter Opfern Widerstand gegen die SED-Diktatur geleistet haben.

**Auch in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen ist für uns eine Akzente setzende kommunale Kulturpolitik unerlässlich. Dabei werden wir verstärkt nach Möglichkeiten der privaten und bürgerschaftlichen Mitfinanzierung suchen und diese fördern.**

## **6. Breit angelegte und kommunal verankerte Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik sichert Arbeitsplätze in allen Regionen**

Die Arbeits- und Wirtschaftspolitik des Landes hat den klaren Fokus auf den 1. Arbeitsmarkt gerichtet. Dies tut dem Land und den Menschen gut. Nach Jahren der Stagnation gibt es am Arbeitsmarkt endlich eine positive Entwicklung. So stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Jahresvergleich um 9.200 auf inzwischen 505.700 (Mai 2008). Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen von 152.056 im Oktober 2006 auf 125.000 im Mai 2008, dem niedrigsten Stand seit 1991. Zudem konnte die Lehrstellenlücke praktisch geschlossen werden.

Die Land- und Ernährungswirtschaft trägt mit über 9,5 % Bruttowertschöpfung zur Stärkung des ländlichen Raumes bei. Wir werden uns für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft als ökonomische und soziale Säule des ländlichen Raumes einsetzen. Zur Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raumes als Arbeits-, Lebens- und Erholungsraum werden wir die Maßnahmen der Dorferneuerung und Flurneuordnung ausbauen. Die noch unzureichende Versorgung mit DSL-Anschlüssen (Breitbandverbindungen) im ländlichen Raum ist ein klarer Standortnachteil. Diesen gilt es jetzt zu beheben. Die Landesregierung stellt deshalb aus dem Entwicklungsprogramm ländlicher Räume der Europäischen Union (ELER) Fördermittel für den Aufbau von DSL-Anschlüssen bereit. Das Geld wird interessierten Kommunen zur Verfügung gestellt, welche dann ihrerseits bei Nachweis von Wirtschaftlichkeitslücken die Unternehmen, die solch ein Netz installieren wollen, unterstützen.



Mehr denn je gilt in Mecklenburg-Vorpommern die politische Botschaft: Wir können auf keinen Jugendlichen, auf keine Frau, auf keinen Mann verzichten! Jeder wird mit seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten gebraucht. Keiner wird vergessen. Schon heute ist klar, dass der Bedarf an gut ausgebildeten Fach- und Führungskräften in Mecklenburg-Vorpommern deutlich ansteigen wird. Das gibt manchem, der in der Vergangenheit das Land verlassen musste, die Chance auf Rückkehr. Damit wir als Arbeits- und Lebensstandort attraktiv bleiben, sind allerdings auch weitere Anstrengungen notwendig, um die Kinder- und Familienfreundlichkeit zu verbessern.

**Wir werden erreichen, dass Kommunen, Wirtschaft und Bildungseinrichtungen aufeinander zugehen und regionale Netzwerke schaffen, die die wirtschaftliche Entwicklung in der jeweiligen Region stärken.**

Regionale Wirtschaftsförderung wird immer wichtiger. Dabei geht es lange nicht nur um Geld und Zuschüsse, sondern vor allem um Begleitung und Hilfestellung für Handwerk, Gewerbe und Industrie. Wo Rathäuser und Amtsverwaltungen durch den Dschungel von Vorschriften und Gesetzen leiten, fühlen sich Unternehmer wohl, investieren, schaffen Arbeitsplätze und bleiben im Land. Genauso wichtig wird es, den Boden für wissensbasierte Unternehmensansiedlungen und -gründungen zu bereiten. Die um die Hochschulstandorte angesiedelten Technologiezentren wirken hier als Impulsgeber neuer Unternehmen.

**Wir sind für ein engagiertes und mit der Kommunalverwaltung vernetztes regionales Standortmanagement vor Ort.**

Ein Schlüssel zu mehr Arbeitsplätzen sind mutige Menschen, die den Weg in Freiberuflichkeit und Selbstständigkeit nicht scheuen. In Mecklenburg-Vorpommern fehlt es noch immer an Unternehmerpersönlichkeiten, die Verantwortung übernehmen. Viele Unternehmer suchen in den kommenden Jahren Betriebsnachfolger.

**Wir werden den Erfahrungsaustausch im Rahmen von Gesprächskreisen mit Handwerkern und Gewerbetreibenden, Unternehmern und Freiberuflern anregen und so mehr jungen Menschen vermitteln, wie viel Spaß eigenverantwortliches Handeln macht und welche Chancen darin liegen.**

Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft haben Mecklenburg-Vorpommern über Jahrhunderte geprägt. Unternehmen aller Rechtsformen und Ausrichtungen tragen ganz wesentlich zur Wirtschaftskraft im ländlichen Raum bei. Positiv sehen wir unter dem Gesichtspunkt der flächendeckenden Bewirtschaftung zur Pflege der Kulturlandschaft und des Klimaschutzes, dass nachwachsende Rohstoffe eine immer wichtigere Rolle spielen. Wir wollen diese Entwicklung begleiten.

**Eine verantwortungsbewusste Kommunalpolitik unterstützt die landwirtschaftlichen Unternehmen genauso wie die Fischer und Forstwirte.**

Landwirtschaftliche Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zu einer stabilen Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum. Gerade im Bereich der Tierproduktion bestehen hier noch Chancen, die im Dialog mit den Menschen zu erschließen sind. Der steigende Konsum von Fisch eröffnet zudem die Möglichkeit, dass Aquakulturanlagen als Einkommensalternative von Binnen- und Küstenfischern aber auch von Landwirten an Bedeutung gewinnen und für zusätzliche sozialpflichtige Beschäftigung im ländlichen Raum sorgen.

**Ziel einer verantwortungsbewussten Kommunalpolitik, die Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichert, ist es, die erforderlichen Entwicklungsmöglichkeiten planerisch zu ermöglichen.**

Unberührte Natur, glasklare Seen, dichte Wälder, Bäderarchitektur, Gutshäuser und Schlösser, Landschaftsparks und Kirchen prägen Mecklenburg-Vorpommern wie kein anderes Bundesland. In vielen Teilen des Landes ist der Tourismus ein wichtiges wirtschaftliches Standbein. Von den Gästen profitieren nicht nur das Gastgewerbe (Unterkunft, Verpflegung), sondern auch der Einzelhandel, der Dienstleistungssektor und kulturelle Einrichtungen.

**Die positive touristische Entwicklung regional durch gezielte Investitionen in saisonverlängernde Maßnahmen weiter zu stärken, bleibt auch Aufgabe der Kommunen.**

## **7. Sicher in Mecklenburg-Vorpommern: Vorbeugen – Hinsehen – Eingreifen**

Alle Menschen sollen sich überall und zu jeder Tages- und Nachtzeit in Mecklenburg-Vorpommern sicher und frei von Angst bewegen können. Wenn Gesetze übertreten, Besitztümer und Personen geschädigt werden, dürfen wir nicht wegsehen. Dann gilt es, sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen und Hilfe zu holen, damit der Staat durchgreifen kann.

Erziehung findet zu allererst in der Familie statt. Die Schule kann Eltern dabei unterstützen, die Jugendarbeit von Vereinen und gesellschaftlichen Gruppen hilft, Werte und Tugenden zu vermitteln, die für ein regelkonformes, tolerantes und mitmenschliches Zusammenleben unerlässlich sind. Vor Ort gilt es deshalb, die wichtige Arbeit der Präventionsräte zu unterstützen.

Kommt es dennoch zu Straftaten, müssen diese zur Anzeige gebracht werden. Wer Opfer oder Zeuge einer Straftat wird, soll Anzeige erstatten. Es zeugt von gelebter Zivilcourage im demokratischen Staat, wenn Opfer von Straftaten nicht alleingelassen und auch scheinbare Bagatelldelikte nicht hingenommen werden.

Zur Prävention zählt, dass durch eine sichtbare Präsenz der Polizei in der Fläche ein hoher Kontrolldruck aufrechterhalten und das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen gestärkt wird. Der Verbesserung der Polizeipräsenz im ländlichen Raum kommt im Zusammenhang mit der anstehenden Polizeireform des Landes deshalb eine herausgehobene Bedeutung zu.

Prävention bedeutet aber auch eine ausreichende Beleuchtung von Straßen, Gehwegen und Unterführungen sowie die Videoüberwachung in größeren Städten und Brennpunkten.

Wir unterstreichen die Forderung, dass die Strafe der Tat unmittelbar folgen muss, um einen wirklichen Erziehungseffekt zu erreichen. Deshalb hat die CDU durchgesetzt, dass die Justiz weiterhin in der Fläche verfügbar ist. Die Gerichtsstandorte bleiben daher grundsätzlich unverändert, wobei auf veränderte Fallzahlen durch mehr Flexibilität beim Einsatz des richterlichen Personals reagiert wird. Zusätzlich sind bei den Amtsgerichten in Anklam, Demmin, Wolgast und Ueckermünde im Juni 2008 kostenfreie anwaltliche Beratungsstellen für mittellose Rechtsuchende eingerichtet worden.

Die Bekämpfung der Schwarzarbeit bleibt ein wichtiges Thema. Kontrollen durch die Gewerbeaufsicht, ggf. in Abstimmung mit dem Zoll, sichern Arbeitsplätze und schützen ehrliche Unternehmer.

Bei der Besetzung von Aufsichtsgremien kommunaler Unternehmen sind Interessenkonflikte nicht zuzulassen.

**Die CDU wird in den Kommunen echte Sicherheitspartnerschaften zwischen Kommunalverwaltung, Polizei, Gerichten, Feuerwehr und Rettungsdiensten auf den Weg bringen, um so den Dreiklang von Vorbeugen – Hinsehen – Eingreifen durchzusetzen.**

## **8. Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung bewahren die Schöpfung für nachfolgende Generationen**

Maßstab unserer Politik für Umwelt und Natur ist die Bewahrung der Schöpfung. Um unseren Kindern und Enkeln eine intakte Umwelt zu hinterlassen, ist eine nachhaltige und Ressourcen schonende Entwicklung erforderlich. Soziale, ökonomische und ökologische Aspekte betrachten wir gleichrangig. Umweltschutz ist die gemeinsame Aufgabe von Staat, Bürgern und Wirtschaft. Wir setzen auf Kooperation und Eigenverantwortung, auf Markt und Wettbewerb sowie verbindliche Rechtsnormen und deren wirksame Kontrolle. Eine ambitionierte Umweltpolitik trägt zur Modernisierung unserer Gesellschaft bei und kann in unserem Land zum Motor für eine positive Entwicklung werden.

Für uns steht die Bewahrung der Schöpfung im Mittelpunkt. Um unseren Kindern und Enkeln eine intakte Umwelt zu hinterlassen, ist eine nachhaltige und Ressourcen schonende Entwicklung erforderlich. Dazu gehört ein ausgewogener Energiemix, der die Nutzung erneuerbarer und fossiler Energieträger sowie die Kernenergie zulässt. Soziale, ökonomische und ökologische Aspekte betrachten wir gleichrangig.

Der prognostizierte und auf den Anstieg von Treibhausgasemissionen zurückgeführte Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen der Menschheit. Entsprechend den Klimaschutzzielen sind auch kleine Schritte sinnvoll, um einerseits Zeichen zu setzen und andererseits die Treibhausgasemissionen zu begrenzen.

**Beim Klimaschutz müssen wir handeln. Die Kommunen können hier beispielgebend tätig werden. So wollen wir erreichen, dass bei der Beleuchtung öffentlicher Gebäude nur noch Energiesparlampen zum Einsatz kommen und im Bereich der Straßenbeleuchtung auf energieeffiziente Systeme umgestellt wird.**

Ein wichtiger Schwerpunkt kommunaler Zuständigkeiten ist die Abfallwirtschaft. Ziel ist eine gesetzeskonforme Abfallwirtschaft, die ökologische und ökonomische Interessen in Einklang bringt. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften der Abfallwirtschaft muss bezahlbar bleiben. Wir sind, zur Vermeidung langer Transportwege, weiter für das Prinzip der Nähe, wobei wirtschaftliche Überlegungen zu berücksichtigen sind.

**Einem fairen Wettbewerb zwischen privaten Unternehmen der Abfallwirtschaft und Kommunen stehen wir aufgeschlossen gegenüber.**

Die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung der Abwässer stehen angesichts rückläufiger Bevölkerung und abnehmender Mengen vor großen Herausforderungen. Die örtlichen Aufgabenträger bleiben in diesem Zusammenhang ausdrücklich aufgefordert, die Bürgerinnen und Bürger in allen Fragen umfassend zu informieren und gerechte Beitragsmaßstäbe für ihren Wirkungsbereich zu finden.

Die Zweckverbände sind gehalten, Anträge auf Stundung bzw. Erlass großzügig zu handhaben; selbiges gilt für Fälligkeitstermine. Probleme sind auf kommunaler Ebene zu lösen, denn die Zweckverbände sind durch die Gemeinden gebildet und in den Zweckverbandsversammlungen entscheiden Bürgermeister der Gemeinden.

**Wir setzen uns für eine Ausschöpfung aller rechtlich möglichen Ermessensspielräume ein, um Bürgerinnen und Bürger nicht zu überfordern.**

Mecklenburg- Vorpommern verfügt über eine besondere naturräumliche Ausstattung. Wir stellen uns der daraus resultierenden Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung und dem Schutz der Natur. Erfolgreiche Umweltpolitik lässt sich nur in Kooperation mit den Menschen umsetzen.

**Vor Ort werden wir uns für mehr Akzeptanz des Naturschutzes einsetzen, indem wir dem Freiwilligkeitsprinzip und Vertragsnaturschutz Vorrang einräumen.**

## **9. Landesplanung durch regionale Planung unterstützen**

Im Land setzt sich die CDU weiter für die Schließung von Infrastrukturlücken und Sanierung schadhafter Verkehrswege ein. Wir wollen u. a. den zügigen Ausbau der A 14 von Magdeburg nach

Schwerin, erwarten die Sanierung wichtiger Schienenwege und sind für den Erhalt der Wasserstraßen.

Wir sind gegen die Umwidmung von Bundes- und Landesstraßen zu Kreisstraßen, wo dies mit zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Kommunen verbunden ist. Wir fordern den Erhalt des Straßennetzes und insbesondere die Sicherung der Brückenbauwerke im Land, von denen 59 % mit Mängeln behaftet sind. Notwendige, in Planung befindliche Ortsumgehungen sind zügig abzuschließen. Den ländlichen Wegebau wollen wir im Rahmen der Flurneuordnung verstärkt nutzen.

**Wo es durch die LKW-MAUT zu unbeabsichtigten Ausweichverkehren kommt, setzen wir auf Landes-, Kreis- und Kommunalstraßen klare Beschränkungen für den Schwerlastverkehr durch.**

Der SPNV hat nach dem Einstieg privater Eisenbahnunternehmen in den letzten Jahren wieder an Attraktivität gewonnen. Die Fahrgastzahlen steigen. Ziel muss es sein, durch eine Stärkung des Wettbewerbs den SPNV weiter attraktiv zu machen und mit dem ÖPNV zu vernetzen. Der ÖPNV wird sich auch künftig stark an den Schülerverkehren orientieren. Um trotzdem gerade im ländlichen Raum die Mobilität zu erhalten, wollen wir erreichen, dass alternative Bedienungsformen stärker genutzt werden.

Der Ausbau und die Vernetzung der Radwege muss zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Erschließung touristischer Potentiale weiter vorangetrieben werden. Um den saisonunabhängigen Tourismus zu unterstützen, ist außerdem der Ausbau des Reitwegenetzes wichtig.

Auf der Tagesordnung steht die Fortschreibung der regionalen Raumordnungsprogramme. Wir wollen dabei die Nachnutzung von Brachflächen im ländlichen Raum, insbesondere von so genannten devastierten Flächen (humusfreie Flächen) in den Fokus rücken. Gleichzeitig gilt es, das Zentrale-Orte-System fortzuentwickeln und gleichzeitig die angemessene Grundversorgung des ländlichen Raumes abzusichern. Zudem ist sicherzustellen, dass zusätzliche Eignungsräume für Windenergie nur im Einvernehmen mit den Gemeinden ausgewiesen werden.

## **10. Kreisgebietsreform mit Augenmaß und Funktionalreform mit Mut machen öffentliche Verwaltung effizient und zukunftssicher**

Es war zu Beginn der Legislatur über alle Parteigrenzen hinweg unbestritten, dass eine Reform der öffentlichen Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern notwendig ist. Die Struktur der Ämter hat sich grundsätzlich bewährt. Nachdem am 26. Juli 2007 das Landesverfassungsgericht die Kreisgebietsreform der letzten rot-roten Landesregierung im so genannten Verwaltungsmodernisierungsgesetz für verfassungswidrig erklärte, hat der Landtag ein Leitbild für eine neue Reform beschlossen.

Die Kreisgebietsreform wird danach nicht auf die Zahlen zur Einwohnerzahl und Flächengröße reduziert. Entscheidend wird die Abwägung in jedem Einzelfall sein. Abweichungen von beiden Zielgrößen sind möglich. Im gering besiedelten ländlichen Raum kann der künftige Kreis auch weniger als 175.000 Einwohner haben. Entscheidend ist, ob ehrenamtliches Engagement im Kreis auch weiterhin möglich ist. Im Kreistag sollen Vertreter aus möglichst vielen Berufsgruppen vertreten sein, um Meinungsvielfalt zu gewährleisten.

Über den Status der bisher kreisfreien Städte wird erst im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens entschieden, weil für diese Entscheidung umfangreiche Abwägungen erforderlich sind. Zentren sind wichtig für unser Land. Gleiches gilt aber auch für die Förderung des ländlichen Raums. Die großen Städte übernehmen wichtige Aufgaben für ihre Umlandgemeinden.

Unter Zugrundelegung des Leitbildes wurden insgesamt 13 Varianten geprüft. Dabei wurden die Kriterien des Leitbildes transparent in einer Matrix abgeglichen. Die zwei Modelle, die den Kriterien am deutlichsten entsprachen, stehen inzwischen zur Diskussion. Bereits vor dem

eigentlichen Gesetzgebungsverfahren sind die Kommunen damit einbezogen. Die Ergebnisse des Diskussionsprozesses fließen in die weitere Arbeit an einem Gesetz ein.

Verwaltungs- und Funktionalreform bilden eine Einheit. Für eine erfolgreiche Funktionalreform ist die Frage zu beantworten, wie die notwendigen öffentlichen Aufgaben effizient und gleichzeitig bürgernah erfüllt werden können. Alle Aufgaben innerhalb der Landesverwaltung werden deshalb einer strengen Überprüfung unterzogen. Am Ende der Prüfung steht die Entscheidung, ob die Aufgaben auch weiterhin von Landesbehörden erfüllt werden müssen, ganz wegfallen oder zur Erledigung auf die kommunale Ebene übertragen werden können. Auch eine Aufgabenerfüllung durch Dritte ist zu prüfen.

**Die CDU will einen uneingeschränkten, offenen und ehrlichen Diskussionsprozess. An diesem sollen sich alle beteiligen. Ziel der Reform ist es, handlungsfähigere Gebietskörperschaften zu erhalten.**

## **11. Zusammenarbeit im Grenzraum und Kontakte nach Europa stärken Demokratie und Toleranz**

Europapolitische Themen und europäische Förderprogramme gewinnen immer mehr an Bedeutung. Sie sind gerade auch für die kommunale Ebene relevant. Deshalb müssen kommunale Verwaltungsträger enger an die Arbeit in Brüssel angebunden werden. Ein verbesserter Austausch zwischen den Kommunen und der Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel wäre ein sinnvoller Anfang. Diesen wollen wir anbahnen, denn so lassen sich in Brüssel Fördermittel für die kommunale Arbeit einwerben.

Die politische Zusammenarbeit zwischen der CDU Mecklenburg-Vorpommern und der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska) ist der Beginn einer vertiefenden Kooperation in der deutsch-polnischen Grenzregion. Eine positive Entwicklung in der ehemaligen Grenzregion ist dann leichter zu gestalten, wenn deutsche und polnische Bürgerinnen und Bürger an einem Strang ziehen. Die Zusammenarbeit der angrenzenden Gebietskörperschaften, zwischen Politik und Verwaltung, Unternehmen und bürgergesellschaftlichen Akteuren wollen wir stützen. Insbesondere soll das Angebot zweisprachiger Kindergärten und Schulen, aber auch Einrichtungen der beruflichen Aus- und Fortbildung in der Grenzregion weiter gefördert werden. Sprache ist die entscheidende Voraussetzung für gegenseitiges Verstehen und legt damit den Grundstein für Demokratie und Toleranz. Neben der engen Zusammenarbeit mit Polen muss die Kooperation zu den weiteren Ostseeanrainern weiter ausgebaut werden. Die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern können durch eine enge Vernetzung zu anderen Regionen vom wirtschaftlichen Aufschwung im Ostseeraum profitieren. Die CDU wird deshalb politische Initiativen und lokale Projekte zur Vertiefung der Beziehungen vor Ort unterstützen.

Wir wollen eine wehrhafte und starke Demokratie. Zum Prinzip der wehrhaften Demokratie gehört es, dass die Angehörigen des öffentlichen Dienstes zur Verfassungstreue verpflichtet sind. In das Beamtenverhältnis – auch in das Ehrenbeamtenverhältnis – darf nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern eintritt. Wir unterstreichen, dass Personen, die in einer Partei aktiv sind, die verfassungswidrige Bestrebungen verfolgt, nicht im öffentlichen Dienst des demokratischen Rechtsstaates tätig sein dürfen.

Extremismus jeglicher Form lässt sich mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbaren. Deshalb distanziert sich ein Konservativer, der die christlich geprägte abendländische Kultur achtet, ganz deutlich von Rechts- wie Linksextremismus und steht für die demokratische Kultur unseres Landes ein. Durch verantwortungsbewusstes Handeln eines jeden von uns stärken wir die christlich-demokratischen Werte.

## **12. Engagieren Sie sich – Gehen Sie zur Wahl!**

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern vertritt als große Volkspartei die Interessen von Mecklenburgern und Vorpommern. Wir laden Bürger, Verbände, Vereine, Kirchen, Institutionen, gesellschaftliche Organisationen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Jung und Alt ein, mitzumachen und uns dabei zu helfen, für Mecklenburg-Vorpommern eine erfolgreiche Zukunft zu erarbeiten.

Wir wollen eine aktive und lebendige Bürgergesellschaft. Wir wollen, dass sich die Menschen an der Gestaltung der Politik vor Ort beteiligen. Ob als gewählte Gemeindevertreter, ehrenamtliche oder hauptamtliche Bürgermeister, Mitglieder in Kreistagen, Stadtvertretungen und Bürgerschaften oder als sachkundige Bürgerinnen und Bürger in den Ausschüssen und Gremien der Kommunalparlamente. Es geht uns darum, die Beteiligung der Menschen zu stärken, mehr Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen zu bewegen, denn davon lebt unsere demokratische Gesellschaft.

Für die CDU Mecklenburg-Vorpommern, die starke Kraft der Mitte, treten zu den Kommunalwahlen 2009 Menschen an, die unserer Partei angehören oder uns nahe stehen. Es sind junge und ältere Bürgerinnen und Bürger, Frauen und Männer, Mütter, Väter und Großeltern, Arbeiter und Angestellte, Beamte, Selbstständige, Landwirte und Freiberufler. Sie alle wollen sich engagieren für unser Gemeinwesen. Sie sind bereit, dafür ihre Freizeit zu opfern und wollen Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen. Sie stellen sich der Wahl am 7. Juni 2009.

Vor Ort in den Dörfern und Städten, den Landkreisen und kreisfreien Städten findet ehrenamtliches politisches Engagement seinen Ausgangspunkt und in der kommunalen Selbstverwaltung seinen sichtbaren Ausdruck. Hier ist die Mitwirkung des Bürgers an der Gestaltung unserer demokratischen Gesellschaft unmittelbar. Am 7. Juni 2009 werden die Kommunalvertretungen und ehrenamtlichen Bürgermeister neu gewählt. Sie können als Bürger direkt bestimmen, wer bei Ihnen die Weichen für die Zukunft stellt. Geben Sie dieses Recht der direkten und unmittelbaren Mitwirkung nicht aus der Hand.

**Gehen Sie zur Wahl! Wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU!**